bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

FOTO: FRANK-THOMAS KOCH

Bei der Präsentation der ausgehandelten Koalitionsvereinbarung auf der Landespressekonferenz am 1. Juli 2019: Alexandra Werwarth, Landesvorstandssprecherin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Sascha Karolin Aulepp, SPD-Vorsitzende Land Bremen und Felix Pithan, Landessprecher DIE LINKE (von links nach rechts)

EIN NEUES KAPITEL FÜR BREMEN

Aufbruch an der Weser: SPD, Grüne und Linke legen Entwurf der Koalitionsvereinbarung vor

von Sascha Karolin Aulepp, Vorsitzende der Bremer SPD

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, Matthias Koch (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

Zugegeben, es ist ein langes „neues Kapitel“: 140 Seiten, 26 Themenblöcke plus Präambel. Und das sind nur die äußeren Rahmendaten der Koalitionsvereinbarung, den die Koalitionsrunden aus SPD, Grünen und Linken innerhalb von knapp drei Wochen auf die Beine gestellt haben.

Zunächst mal war es durchaus schwer, überhaupt zu Koalitionsverhandlungen zu kommen. Wir haben dabei von Anfang an deutlich gemacht: Es geht um Inhalte, es geht darum, Bremen und Bremerhaven besser zu machen, es geht um soziale Gerechtigkeit, es geht um klimapolitische Weichenstellungen – es geht um nicht weniger als die Zukunft unseres Bundeslandes. Ja, es war anstrengend, ja es gab an manchen Punkten sehr engagierte Diskussionen. Aber mit Beginn der Koalitionsverhandlungen war allen klar: Wir wollen mit Rot-Grün-Rot einen Aufbruch. Wir wollen gesellschaftliche Mehrheiten Mitte-Links zum Tragen bringen auch in Westdeutschland. Und nicht zuletzt: Wir wollen gemeinsam und konstruktiv etwas für unsere beiden Städte erreichen. Diesen Drive brauchen wir für die nächsten vier Jahre. Es muss klar werden, dass ein solches progressives Bündnis mehr ist als die Summe seiner Partner. Natürlich ist an manchen Stellen die grüne Handschrift stärker erkennbar, an anderen die der Partei Die Linke, an vielen auch unsere sozialdemokratische Handschrift. Aber der Koalitionsvertrag muss von allen getragen werden, wollen wir Erfolg haben. Wir wollen gemeinsam gute Wirtschaftspolitik machen, gemeinsam ökologische und sozial gerechte Verkehrspolitik und gemeinsam eine gute Bildungspolitik für unsere Kinder. Nur so werden wir den Aufbruch schaffen, nur so werden wir glaubwürdig sein und nur so können wir Erfolg haben bei der nächsten Bürgerschaftswahl. Die zehn Kernthemen des Koalitionsvertragsentwurfs aus meiner Sicht sind:

Gute Bildung für alle

Konkret ist vereinbart, die im Bildungskonsens verabredeten Maßnahmen rasch und konsequent umzusetzen, den Kita- und Schulausbau zu beschleunigen, die Inklusion – also das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung – personell besser auszustatten und zielgerichtet die Schulen und Kitas zu stärken, die vor besonderen Herausforderungen stehen.

Fortsetzung auf Seite 2

Dem Klimawandel begegnen

Wir wollen ein ressortübergreifendes Handlungskonzept zur Einhaltung der Klimaziele, durch die Unterstützung der Stahlwerke auf dem Weg zur klimaverträglichen Stahlproduktion und durch eine sozial verträgliche Energiewende, bei der der Ausstieg aus der Kohle durch ein Photovoltaik-Programm und klaren Einsatz für die Offshore-Windenergie flankiert wird. Zudem wird offensiv auch unter energetischen Gesichtspunkten der Sanierungsstau öffentlicher Gebäude angegangen.

Wohnen darf kein Luxus sein

Der Vertragsentwurf sieht eine Stärkung des kommunalen Wohnungsbaus und eine stärkere Anwendung des Instruments der Erbpacht vor – um einerseits das Bauen günstiger zu machen, und andererseits den Bremerinnen und Bremern langfristig den Zugriff auf „ihre" Grundstücke zu erhalten. Zudem wird die Sozialquote auf 30 Prozent erhöht und es werden die Voraussetzungen für 10.000 zusätzliche Wohneinheiten geschaffen. Um der Mietpreisspirale und der Wohnungsknappheit zu begegnen, sollen darüber hinaus alle landesgesetzlichen Möglichkeiten genutzt werden. Dazu gehört auch ein behördenübergreifendes Vorgehen gegen ausbeuterische Mietverhältnisse und Eigentümer, die Immobilien verwahrlosen oder zu Spekulationszwecken leer stehen lassen.

Aufholen für Stadtteilgerechtigkeit

Gerade in Quartieren, wo die sozialen Herausforderungen besonders groß sind, soll mit ressortübergreifenden Projekten ein Aufholen gegenüber besser situierten Quartieren ermöglicht werden. Wir wollen das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) verstärken und auch für kleinere Quartiere gangbar machen und mit einem „Landesprogramm Quartiere" eine ressortübergreifende Unterstützung der Quartiere schaffen, die mehr Probleme als andere zu schultern haben.

Gute Arbeit, starke Wirtschaft, innovative Wissenschaft

Bremen bleibt Vorbild für Gute Arbeit: Mit dem Landesmindestlohn, dem Tariftreue- und Vergabegesetz und dem Verbot der sachgrundlosen Befristung im öffentlichen Bereich und unserem Einsatz für die konsequente Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Wir werden den sozialen Arbeitsmarkt stärken und so insbesondere langzeitarbeitslosen Menschen eine dauerhafte Perspektive eröffnen. Um mehr Ausbildungsplätze zu bekommen, sollen ausbildende Betriebe unterstützt werden. Diejenigen, die ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht nachkommen, müssen mit einer Ausbildungsumlage rechnen. Um neue Unternehmen anzusiedeln und bestehenden Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten, wird auf eine angebotsorientierte, nachhaltige Gewerbeflächenentwicklung gesetzt. Zudem steht der Koalitionsvertrag für eine ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Industriepolitik und Investitionen in die Häfen. Der Wissenschaftsbereich und die innovative Forschung sollen weiterhin ausgebaut und sowohl für den Strukturwandel als auch für die Herausforderung der Digitalisierung genutzt werden.

FOTO: SPD LAND BREMEN

Die Koalitionsverhandlungen fanden ein breites Interesse der Medien. Initiativen machten immer wieder auf ihre Forderungen aufmerksam, hier: „Einfach einsteigen" für einen abgabefinanzierten ÖPNV.

FOTO: SPD LAND BREMEN

Auftakt-Arbeitssitzung der Großen Verhandlungskommission im Tagungszentrum Forum K.

Für eine sozial gerechte Verkehrswende

Der ÖPNV soll attraktiver werden – durch Ausbau der Netze und günstige Preise, insbesondere für Menschen mit wenig Geld (Sozialticket) sowie Schülerinnen, Schüler und Azubis. Vereinbart ist außerdem eine Förderung der Radverbindungen und -wege samt Fahrradpremiumrouten und insbesondere auch in innenstadtferneren Stadtteilen und auf dem Weg zur Arbeit durch eine bessere Anbindung der Gewerbegebiete. Autofahrerinnen und Autofahrer sollen einerseits durch die Sanierung unserer Straßen andererseits durch effektive Lenkungsstrategien (Baustellen- und Stau-Management etc.) entlastet werden. Außerdem sollen für besonders verkehrsbelastete Stadtteile moderne Parkraumkonzepte (Anwohnerparken, Quartiersgaragen, Ausbau von Park&Ride- sowie Carsharing-Angeboten) umgesetzt werden. Zudem soll die Innenstadt bis 2030 autofrei werden.

Ob alt, ob jung: Wir wollen Teilhabe!

Kinder und Jugendliche U16 sollen künftig für einen Euro unsere Schwimmbäder nutzen können, zudem wird mehr Geld für die offene Jugendarbeit bereitgestellt. Für die „lebenserfahrenere Generation" sollen eine altersgerechte Gestaltung der Wohnquartiere sowie Beratungs-, Unterstützungs- und Treffpunkte in den Nachbarschaften und eine Stärkung der Pflege-Angebote vor Ort im Mittelpunkt stehen. Zudem bleibt die Bekämpfung von Trickbetrug, Raubüberfällen und anderen Straftaten, die sich gegen ältere Menschen richten, ein besonderer Schwerpunkt der Polizei.

Sicherheit, Sauberkeit und Service

Polizei und Justiz werden adäquat ausgestattet, um die Stabilität des Rechtsstaats zu gewährleisten. In Bremen soll die perspektivisch die Zielzahl bei der Polizei von 2.900 erreicht werden, in Bremerhaven von mindestens 520. Zudem soll eine unabhängige Beschwerdestelle bei der Bürgerschaft eingerichtet werden. Insbesondere die bürgernahen Dienstleistungen der Behörden sollen gestärkt, die Online-Angebote ausgeweitet und die Servicequalität verbessert werden. Das Erfolgsmodell „Bremer Ordnungsdienst" wird fortgesetzt und perspektivisch auf 100 Kräfte aufgestockt.

Gesundheit für alle!

Damit das öffentliche Gesundheitssystem leistungsfähig bleibt und allen Menschen offensteht, werden wir die kommunalen Kliniken erhalten. Neben der Förderung der Gesundheitsprävention in den Stadtteilen stehen außerdem spürbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Pflege auf der Agenda.

Klare Kante für Toleranz und Weltoffenheit

Bremen bleibt auch in Zukunft bei seiner humanitären Aufenthalts- und Asylpolitik. Weil Integration kein Spurt, sondern ein Marathon ist, werden wir Integrationsprogramme weiter stärken und zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen. Um dem erstarkenden Rechtsextremismus zu begegnen, werden die entsprechenden Programme ausgeweitet.

Natürlich ist der Versuch, einen so langen Text auf anderthalb Seiten zusammen zu fassen, immer mit Lücken versehen. Bildet Euch eine eigene Meinung: Den kompletten Text der Koalitionsvereinbarung findet Ihr unter www.spd-land-bremen.de ■

CARSTEN SIELING TRITT NICHT ERNEUT AN

Sascha Karolin Aulepp: „Carsten gebührt unser Respekt und Dank für seine Arbeit“

„Das Wichtigste war und ist für mich, eine soziale und wirtschaftlich erfolgreiche Politik in unserem Bundesland zu sichern.” Das betonte Carsten Sieling am Tag nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen in einer Erklärung. Damit begründete er, warum er sich nach der Wahl entschlossen hatte, weiterhin gerade auch in den Verhandlungen mit Grünen und Linken Verantwortung zu übernehmen. Und nach dem erfolgreichen Abschluss dieser Verhandlungen, so erklärte Carsten Sieling weiter, sehe er den Zeitpunkt für einen Neuaufbruch gekommen, zu dem auch eine Neuaufstellung an der Spitze des Senats notwendig sei. Aus diesem Grund habe er sich entschieden, nicht erneut für das Amt des Bürgermeisters und Präsidenten des Senats zur Verfügung zu stehen.

„Was ihm das Wichtigste war, das hat Carsten Sieling erreicht: eine soziale und wirtschaftlich erfolgreiche Politik für Bremen und Bremerhaven. Für seine Arbeit gebührt ihm unser Respekt und unser großer Dank” sagte die SPD-Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp nach Sielings Erklärung. Und hob seine Erfolge und Verdienste hervor:

„Carsten Sieling hat das Amt des Bürgermeisters in einer Phase übernommen, in der die finanziellen Rahmenbedingungen schwierig waren. Und er hat Kurs gehalten und Bremen erfolgreich auf die letzte Etappe hin zu einem Haushalt ohne neue Schulden geführt. Bremen hat seine Verpflichtungen gegenüber dem Bund und den anderen Ländern immer eingehalten und ist diesen schweren Weg zu Ende gegangen – auch wenn dies nicht immer leicht war. Dass es gelungen ist und wir dennoch politische Schwerpunkte etwa im Bereich Bildung setzen konnten, haben wir auch Carsten Sieling zu verdanken.”

Und mehr noch: „Carsten ist es am Ende von langen und schwierigen Verhandlungen gelungen, dass Bremen im Zuge der Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs deutlich mehr Geld erhält. Das ist eine wichtige Grundlage für die Sicherung der Selbstständigkeit Bremens. Dieses Verdienst wird immer mit seinem Namen verbunden bleiben.”

Schließlich habe Sieling der SPD auch in den Wochen nach der Wahl einen großen Dienst erwiesen. Aulepp: „Carsten hat mit seinem entschlossenen Handeln nach der Wahl dabei mitgeholfen, dass Bremen künftig von einem progressiven Mitte-Links-Bündnis unter Führung der SPD regiert wird.”

Diese Politik wird Carsten Sieling auch weiterhin mitgestalten. Denn er hat angekündigt, nach der Wahl eines neuen Senats sein Mandat als Bürgerschaftsabgeordneter anzunehmen und sich weiter für eine gute Zukunft Bremens und Bremerhavens einsetzen zu wollen. ■

FOTO: SPD LAND BREMEN

ANZEIGE

Die neuen SPD-Fraktionsmitglieder von links oben nach rechts unten – und in alphabetischer Reihenfolge: Andreas Bovenschulte, Gönül Bredehorst, Janina Brünjes, Jasmina Heritani, Kevin Lenkeit, Birgitt Pfeiffer, Ute Reimers-Bruns, Anja Schiemann, Volker Stahmann, Muhammet Tokmak, Falk Wagner und Jörg Zager

NEUE GESICHTER DER FRAKTION

Zwölf SPD-Abgeordnete sitzen erstmals in der Bürgerschaft

Mit 23 Abgeordneten ist die SPD-Fraktion künftig in der Bürgerschaft vertreten. Und unter diesen 23 Parlamentarierinnen und Parlamentariern sind einige alte Bekannte. Hinzu kommen aber auch viele neue Gesichter, die zum ersten Mal im Parlament vertreten sind.

Andreas Bovenschulte ist dabei zwar neu im Parlament, aber auch ein bekanntes Gesicht in der Bremer SPD, denn der 53-Jährige war zwischen 2010 und 2013 Landesvorsitzender und arbeitete zuletzt als Bürgermeister in Weyhe. **Gönül Bredehorst**, 46, war acht Jahre im Findorffer Beirat tätig und von 2015 bis 2019 Deputierte für Soziales, Jugend und Integration. Mit **Janina Brünjes** stellt die SPD-Fraktion die jüngste Abgeordnete der Bürgerschaft. Die 23-jährige Studentin ist stellvertretende Vorsitzende der Bremerhavener SPD. **Jasmina Heritani**, 37, arbeitet als Bildungsberaterin und ist eine von drei Abgeordneten aus dem Stadtteil Gröpelingen. **Kevin Lenkeit**, 33, unterstützt den SPD-Bundestagsabgeordneten Uwe Schmidt in dessen Büro, will eine pragmatische, linke Politik in den Mittelpunkt seines Handelns stellen und sich für mehr Chancengleichheit einsetzen. Dafür steht auch **Birgitt Pfeiffer**, 50, die als Sozialarbeiterin tätig ist und 13 Jahre lang die Freiwilligenagentur Bremen geleitet hat.

Aus dem Bremer Norden stammt **Ute Reimers-Bruns**, 57 Jahre alt. Sie war von 2015 bis 2019 Sprecherin des Blumenthaler Beirates und ist seit 2018 die Vorsitzende des Unterbezirks Bremen-Nord. Unterbezirkserfahrung kann auch **Anja Schiemann**, 52, vorweisen. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des Unterbezirks Bremen-Stadt. Einen großen Erfahrungsschatz in Sachen Gewerkschaften und Betriebsräte gewinnt die Fraktion durch **Volker Stahmann**, 55, 1. Bevollmächtigter der IG Metall-Geschäftsstelle Bremen, und **Muhammet Tokmak**, 47, Betriebsrat bei ArcelorMittal Bremen. Zwei Verwaltungsangestellte vervollständigen die Fraktion: **Falk Wagner**, 30, arbeitet in der Bremer Finanzbehörde und ist Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt. **Jörg Zager**, 57, bringt zudem ebenfalls Erfahrung als Arbeitnehmervertreter mit: Seit 2004 ist er Vorsitzender des Gesamtpersonalrates beim Magistrat der Stadt Bremerhaven.

Folgende Abgeordnete, die bereits in der vergangenen Bürgerschaft vertreten waren, setzen ihre Arbeit dort fort: **Sascha Karolin Aulepp, Elombo Bolayela, Arno Gottschalk, Antje Grotheer, Mustafa Güngör, Petra Krümpfer, Ali Seyrek, Björn Tschöpe, Valentina Tuchel** und **Holger Welt.** Auch **Martin Günthner** kehrt nach seiner Zeit im Senat in die SPD-Bürgerschaftsfraktion zurück. ■

ANDREAS BOVENSCHULTE NEUER VORSITZENDER

Andreas Bovenschulte ist neuer Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Auf der konstituierenden Sitzung der neuen Fraktion erhielt der 53-jährige Jurist 21 von 23 Stimmen.

Bovenschulte war von 2010 bis 2013 Landesvorsitzender der Bremer SPD, ist also ein bekanntes Gesicht. Zuletzt war er Bürgermeister der Gemeinde Weyhe, ehe er sich im vergangenen Jahr dazu entschied, in die Bremer Landespolitik zurückzukehren und erstmals für ein Bürgerschaftsmandat zu kandidieren.

Seinen Schwerpunkt als neuer Fraktionsvorsitzender sieht Bovenschulte in einer inhaltlichen Schärfung des Profils der Fraktion. „Mehr Sichtbarkeit vor Ort, gute Arbeit, gute

Bildung, ein gerechter Ausgleich zwischen den Stadtteilen und eine sozial gerechte Klimapolitik müssen im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen – dafür will ich als Fraktionsvorsitzender Verantwortung übernehmen“, kündigte er nach seiner Wahl an. ■

DANK UND ANERKENNUNG FÜR BJÖRN TSCHÖPE

Nach zehn Jahren an der Spitze der SPD-Fraktion ist Björn Tschöpe nicht erneut zur Wahl angetreten. Der 52-Jährige bleibt der Fraktion als Abgeordneter erhalten.

Tschöpe brachte in einer Dekade als Fraktionsvorsitzender gemeinsam mit der Fraktion wichtige und wegweisende Initiativen auf den Weg – angefangen bei der Verankerung der Privatisierungsbremse in der Landesverfassung bis hin zum Landesmindestlohn, den Bremen als erstes Bundesland einführte und mit dem es bundesweit zum Vorreiter wurde. Tschöpe war überdies einer der Architekten einer Beteiligung der DFL an den Polizeikosten bei Hochrisikospielen.

„Björn hat in den vergangenen zehn Jahren als Fraktionsvorsitzender viel für die Sozialdemokratie in Bremen getan”, betonte sein Nachfolger Andreas Bovenschulte. „Wir alle sind ihm für das, was er geleistet hat, zu Dank verpflichtet.“ ■